

»Europa ist mehr als der Kampf gegen Lissabon«

Landespolitiker der LINKEN für Änderungen am EU-Wahlprogramm

Von Uwe Sattler

Deutlichen Nachbesserungsbedarf am Entwurf des Europawahlprogramms der LINKEN sieht eine Gruppe von Europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern von Landtagsfraktionen der Partei. Ihre Änderungsvorschläge am Text des Parteivorstands reichen von einer konstruktiveren Bewertung der EU über die inhaltliche Gestaltung der Regionalpolitik bis hin zur Auseinandersetzung über die bisherige Arbeit der Europaabgeordneten der LINKEN.

In erster Linie fehle dem Programm die »Motivation«, warum sich die Bürgerinnen und Bürger »an der Wahl beteiligen und warum sie ihre Stimme der LINKEN geben sollen«, heißt es in dem an den Parteivorstand gerichteten Schreiben. Die Vorlage aus dem Karl-Liebknecht-Haus für den Essener Parteitag Ende Februar, auf dem auch über die Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Juni entschieden werden soll, sei überwiegend von einer Anti-EU-Haltung geprägt. Dies stimme jedoch nicht mit den Realitäten auf Ebene der Länder, Regionen und Kommunen überein, erläuterten Unterzeichner gegenüber ND ihre jetzt eingereichten Änderungsvorschläge.

Verfasst wurde die Liste von Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen aus vier Bundesländern, darunter Gerlinde Stobrawa, Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg, und Martina Michels, Vorsitzende des Europaausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses.

Die Autoren des Dokuments kritisieren, dass aus dem Berliner Entwurf, der nach Überarbeitung als Leitantrag in Essen eingebracht werden soll, nicht die Wechselbeziehung zwischen EU-Politik, Landes- und Kommunalpolitik hervorgehe. »Europa ist eben mehr als der Kampf gegen den Lissabon-Vertrag«, so Michels. Auch Stobrawa betont die unmittelbare Bedeutung der EU für die Bürger: »Europapolitik fängt in den Ländern an. Jedes Mal, wenn die Menschen den Wasserhahn aufdrehen, wenn sie Strom verbrauchen, wenn sie den öffentlichen Nahverkehr nutzen, ist die EU im Spiel – ob nun mit Vorschriften, mit Fördermitteln oder mit europäischen Leitungsnetzen.« Ebenso wie solche Aspekte fehlten im Programmentwurf Verweise auf positive Erfahrungen in der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, beispielsweise mit Polen und Tschechien. So arbeiteten die Landesverbände der LINKEN Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen bereits seit drei Jahren erfolgreich mit Partnern aus Polen und Tschechien im Rahmen des Projektes »Oderpartnerschaft« zusammen. Vor diesem Hintergrund wird von den Landespolitikerinnen und -politikern nachdrücklich eine Überarbeitung der Aussagen zur Regional- und Strukturpolitik im Leitantrag gefordert. Die Probleme in der Strukturpolitik, mit der wirtschaftlich und sozial schwache Regionen gezielt gefördert werden sollen, lägen nicht in der Aufnahme osteuropäischer Staaten in die EU begründet, wie dies im Papier des Parteivorstands suggeriert werde. »Klimawandel, demografischer Wandel, Migration, Integration, Gleichstellung der Geschlechter ... das sind die Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss, auch und gerade mit ihrer Regionalpolitik.« Im Programmentwurf werde jedoch in erster Linie über mehr Geld geredet.

Dies sei zwar notwendig, zunächst aber sollte über eine andere Verteilung und den effektiven Einsatz der Mittel gesprochen werden. Ebenso sollte festgehalten werden, dass auch

strukturschwache Regionen in Westdeutschland einer »angemessenen Unterstützung« bedürften. Angemahnt wird zudem, die »östliche Dimension« in das Europawahlprogramm aufzunehmen. Ausdrücklich genannt wird dabei die Notwendigkeit »einer friedlichen, diskriminierungsfreien Zusammenarbeit mit Russland«. Für dringend notwendig halten die Verfasser der Änderungsvorschläge eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Arbeit der sieben Abgeordneten, die seit 2004 für die LINKE im EU-Parlament sitzen. »In der jetzigen Fassung stellt sich die Frage: Gab es bisher überhaupt eine Linke im Europaparlament, und wenn ja, gab es Ansätze, auf die man aufbauen kann?« In der vorgeschlagenen Neufassung heißt es, dass die linke GUE/NGL-Fraktion »wichtige politische Akzente« setzte. Genannt werden unter anderem der Einsatz für den Erhalt der europäischen Arbeitszeitstandards und der Rechte der europäischen Betriebsräte sowie der Kampf gegen soziale Ausgrenzung, Armut oder die Abschottung Europas gegenüber Flüchtlingen. Auf dieses Engagement ließe sich aufbauen, so Stobrawa und Michels. »Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein friedliches, demokratisches, soziales, solidarisches und ökologisches Europa, für die Nutzung der Chancen der europäischen Integration und für eine neue, friedensstiftende Rolle der Staatengemeinschaft in der Welt«, heißt es in dem Papier der Europapolitiker aus den Landtagen.